

NOTIZEN

Bürgerbüro in Weißensee. In der Großen Seestraße 2 in Weißensee gibt es jetzt ein Bürgerbüro der SPD. Es steht allen benachbarten Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften, Gesprächsgruppen und befreundeten Organisationen zur Verfügung. Geöffnet ist es regelmäßig donnerstags von 16 – 18 Uhr. Kontakt: peter.treichel@spd-berlin.de.

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) will das Gewicht des Themas Gesundheitspolitik innerhalb der SPD Berlin stärken. Als Themen für die nächsten Monate ist geplant, die Krankenhausfinanzierung auf den Prüfstand zu stellen, sich mit dem stockenden Weg zu einem Präventionsgesetz zu beschäftigen und an der Krankenhausplanung Berlins mitzuwirken. SPD-Mitglieder, die im Gesundheitswesen tätig sind oder sich beruflich mit dem Gesundheitssektor befassen, können in der ASG mitarbeiten. Anmeldungen: mitgliederservice.berlin@spd.de, Telefon: 4692 165.

Die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD Berlin beteiligt sich am 28. Juni am 30. Berliner CSD, der unter dem Motto "Hass Du was dagegen?" durch die City zur Siegessäule führt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

„DEUTLICHE AKZENTE“

Michael Müller im Interview - Fortsetzung von Seite 1

Das Europawahlergebnis 2004 war nicht gerade ein Erfolg. Und Prognosen für die Bundestagswahlkreise sind derzeit auch nicht ermutigend.

2004 sind wir drittstärkste Partei geworden. Als größte Berliner Regierungspartei nur Platz drei zu holen, sollte ein einmaliger Vorgang bleiben. Zur Bundestagswahl 2005 gab es ähnlich schlechte Prognosen wie in diesen Tagen. Dann haben wir einen hervorragenden Wahlkampf gemacht und das Ergebnis von 2002 fast wieder erreicht. Ich bin sicher: Wir werden zwei engagierte Wahlkämpfe hinbekommen. Und dann auch das entsprechende Vertrauen erhalten.

Mit welchen politischen Schwerpunkten wird sich der Landesvorstand in der wahlkampffreien Zeit beschäftigen?

Ich kann dem neuen Landesvorstand inhaltlich nicht vorgreifen. Schwerpunkte der letzten Jahre lagen u.a. in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung, Stadtentwicklung und Arbeitsmarktpolitik. Hier wäre Kontinuität nicht verkehrt. Zur Sozialpolitik hat die SPD-Fraktion Anfang des Jahres eine Klausur gehabt. Ich halte es für wichtig, dass sich auch die Berliner SPD noch intensiver mit der Frage beschäftigt, wie wir die Gefahr, dass einzelne Kieze abdriften und sich sozial und wirtschaft-

lich von ihrer Umgebung entkoppeln, nachhaltig bekämpfen können. Die letzte arbeitsmarktpolitisch bedeutende Positionierung der Berliner SPD war zum Thema der Hartz-Gesetze. Seitdem hat sich am Arbeitsmarkt eine Menge getan, so dass ich glaube, dass wir hier besonders dringend zu neuen Positionierungen kommen müssen. Zentrale Frage ist dabei aus meiner Sicht, wie wir die Qualifikation derer, die Arbeit haben, und derer, die noch arbeitslos sind, sicherstellen. Das ist aus meiner Sicht eine der Schlüsselfragen der zukünftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Berlins.

■ Interview: Hannes Hönemann



Warben für den Erhalt von Radio Multikulti: Berliner Jusos und die AG Migration, darunter Ülker Radziwill, Ahmet Iyidirli, Mechthild Rawert, Anne Knauf.

VIELFALT ABGESCHALTET?

AG Migration fordert Erhalt von Radio MultiKulti

Für den Erhalt der rbb-Hörfunkwelle „Radio MultiKulti“ setzt sich die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill ein. Sie forderte einen ARD-internen Finanzausgleich, der dem rbb die Fortführung des für die Integration wichtigen Programms ermöglicht.

RadioMultiKulti verkörpere mit seinem hochwertigen und sprachlich vielseitigen Angebot die Vielfalt der Weltstadt Berlin und stärke den Zusammenhalt aller Menschen, so Ülker Radziwill. Es habe sich als nicht mehr wegzudenkender Integrations- und Kulturfaktor im Hörfunkangebot des rbb etabliert. „Wir fordern den rbb deshalb auf, seinen Beschluss über eine Einstellung von Radio MultiKulti zurückzunehmen und dieses Angebot für alle in Berlin lebenden Menschen dauerhaft zu sichern“, sagte die Vorsitzende der AG Migration.

Die voreilige Entscheidung Radio MultiKulti zum 31.12.08 einzustellen, sei ein falsches Signal an die multikulturelle Ge-

sellschaft. Ülker Radziwill: „Die Intendantin des rbb hat Berlin und sein multikulturelles Lebensgefühl nicht verstanden, denn die Vielfalt ist die Stärke unserer Stadt!“

Gemeinsam mit den Jusos hat die AG Migration das Geburtstagsfest des rbb Ende Mai genutzt, um sich für den Erhalt des Senders einzusetzen. Mit Unterstützung von Passanten wurden Lottoscheine ausgefüllt. Kopien wurden der rbb-Intendantin übergeben - Gewinne sollen für Radio MultiKulti verwendet werden.

„Berlin hat leider immer noch – trotz sinkender Zahlen – im Vergleich zu anderen Ländern eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit“, so Ülker Radziwill. „Viele Berlinerinnen und Berliner sind von den GEZ-Gebühren befreit. Daher muss endlich ein echter Finanzausgleich zwischen den reicheren und ärmeren Rundfunkanstalten geschaffen werden, der die strukturschwachen Regionen besonders berücksichtigt.“ ■ U.H.

FAHRT NACH MAJDANEK UND WARSCHAU

Vom 18. bis 23. Mai 2008 fand eine weitere Gedenkstättenfahrt des SPD-Landesverbandes in Zusammenarbeit mit Paper Press Studienreisen nach Lublin, Majdanek und Warschau statt.

Die 40 Teilnehmer/innen fuhren zuerst nach Lublin, übernachteten dort und besuchten am nächsten Tag das ehemalige Konzentrationslager in Majdanek. Danach ging es in die drei Stunden entfernt liegende polnische Hauptstadt Warschau. Die sechstägige Reise nach Polen war für die Teilnehmer/innen sehr erlebnisreich, aber natürlich auch anstrengend.

Die nächste Gedenkstättenfahrt findet vom 15. bis 19. September 2008 nach Prag, Lidice und Theresienstadt statt. Es sind noch 12 Plätze frei. Infos unter 701 786 40 - bzw. www.gedenkstaettenfahrten.de

Für 2009 steht im Mai erneut eine Fahrt nach Krakau und Auschwitz auf dem Programm und im September Danzig und Stutthof. ■ Ed Koch



Kranzniederlegung in Majdanek.